

### Einladung

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit lade ich Sie zur 06. Sitzung des Ausschusses für Familie, Sicherheit und Gleichstellung am Dienstag, den 03.07.2018, um 17:00 Uhr ein.  
Die Sitzung findet in der Hansestadt Stralsund, Rathaus, Konferenzsaal statt.

Tagesordnung:

### **Öffentlicher Teil**

- 1 Bestätigung der Tagesordnung
- 2 Bestätigung der Niederschrift der 05. Sitzung des Ausschusses für Familie, Sicherheit und Gleichstellung vom 12.06.2018
- 3 Beratung zu Beschlussvorlagen
- 4 Beratung zu aktuellen Themen
  - 4.1 Anmeldung und Vergabe von Kitaplätzen
  - 4.2 Information zur Stadtteilarbeit in Knieper West
  - 4.3 Vorstellung der Arbeit der ehrenamtlich Tätigen bei den Wohlfahrtseinrichtungen der Hansestadt Stralsund gemeinnützige GmbH
  - 4.4 Sturmvogel e.V. - Escuelita
- 5 Verschiedenes

### **Nicht öffentlicher Teil**

- 6 Beratung zu Beschlussvorlagen
- 7 Beratung zu aktuellen Themen – keine-
- 8 Verschiedenes

### **Öffentlicher Teil**

- 9 Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil

Ich bitte um Ihre Teilnahme.

Im Verhinderungsfall bitte ich um die Teilnahme der gewählten Vertreter bzw. um eine Information an die Geschäftsführung des Ausschusses.

Mit freundlichen Grüßen

gez. i. A. Gaby Ely  
Dr. med. Annelore Stahlberg  
stellvertretende Vorsitzende

# TOP Ö 2

Hansestadt Stralsund  
Ausschuss für Familie, Sicherheit und Gleichstellung

## Niederschrift der 05. Sitzung des Ausschusses für Familie, Sicherheit und Gleichstellung

Sitzungsdatum: Dienstag, den 12.06.2018  
Beginn: 17:00 Uhr  
Ende: 19:00 Uhr  
Raum: Hansestadt Stralsund, Rathaus, Konferenzsaal

### **Anwesend:**

#### Vorsitzende/r

Herr Harald Ihlo

#### Mitglieder

Frau Kerstin Friesenhahn

Frau Maria Quintana Schmidt bis 18:50 Uhr

Frau Sabine Tiede

#### Vertreter

Herr Tino Rietesel

Herr Bernd Röll

Vertretung für Frau Sabine Ehlert

Vertretung für Frau Dr. Heike Carstensen

bis 18:20 Uhr

Frau Kathrin Ruhnke

Vertretung für Frau Dr. med. Annelore Stahlberg

bis 18:27 Uhr

#### Protokollführerin

Frau Madlen Zicker

i.V. Maxi Hoffmann

#### von der Verwaltung

Herr Stephan Bogusch

Frau Sarah Cornils

Frau Luisa Behrwalde

#### Gäste

Frau Jutta Lüdecke

Frau Undine Segebarth

Frau Stefanie Patzelt

Frau Cathleen Spröte

Frau Miriam Weber

Frau Maren Bittner

Herr Marko Bittner

## **Tagesordnung:**

### **Öffentlicher Teil**

- 1 Bestätigung der Tagesordnung
- 2 Bestätigung der Niederschrift der 04. Sitzung des Ausschusses für Familie, Sicherheit und Gleichstellung vom 15.05.2018
- 3 Beratung zu Beschlussvorlagen
- 4 Beratung zu aktuellen Themen
- 4.1 Bericht zur aktuellen Polizeistatistik
- 4.2 Verbesserung der Sauberkeit in Stralsund - Abfallentsorgung
- 4.3 Drogenproblematik - Einladung Chamäleon Stralsund e.V.
- 5 Verschiedenes

### **Nicht öffentlicher Teil**

- 6 Beratung zu Beschlussvorlagen
- 7 Beratung zu aktuellen Themen
- 8 Verschiedenes

### **Öffentlicher Teil**

- 9 Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil

Einleitung:

Von 9 Mitgliedern des Ausschusses für Familie, Sicherheit und Gleichstellung sind zu Beginn 7 Mitglieder anwesend, womit die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Die Sitzung wird durch Herrn Ihlo geleitet.

Es erfolgt eine Tonträgeraufzeichnung.

## **Öffentlicher Teil**

### **zu 1 Bestätigung der Tagesordnung**

Die Tagesordnung wird ohne Änderungen/Ergänzungen bestätigt.

Abstimmung: 7 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

### **zu 2 Bestätigung der Niederschrift der 04. Sitzung des Ausschusses für Familie, Sicherheit und Gleichstellung vom 15.05.2018**

Die Niederschrift der 04. Sitzung des Ausschusses für Familie, Sicherheit und Gleichstellung vom 15.05.2018 wird ohne Änderungen/Ergänzungen bestätigt.

Abstimmung: 4 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 3 Stimmenthaltungen

### **zu 3 Beratung zu Beschlussvorlagen**

Es liegen keine Beschlussvorlagen im öffentlichen Teil zur Beratung vor.

### **zu 4 Beratung zu aktuellen Themen**

#### **zu 4.1 Bericht zur aktuellen Polizeistatistik**

Herr Ihlo begrüßt Frau Undine Segebarth und bittet um Vorstellung der aktuellen Kriminalstatistik.

Frau Segebarth stellt die Statistik zum besseren Verständnis anhand einer Präsentation vor, die nachgereicht wird. Sie teilt mit, dass es sich um eine Ausgangsstatistik handelt. Erfasst sind nur die Verfahren, die in der Örtlichkeit der Hansestadt Stralsund im Jahr 2017 abgeschlossen worden sind. Die Statistik belegt keine Verurteilungen.

Sie weist auf die Sicherheitsumfrage hin, dabei wurde von den Bürgern der Hansestadt besonders der Stadtteil Grünhufe als unsicher eingestuft. Es ist jedoch anhand der Statistik deutlich erkennbar, dass dies einer der sichersten Stadtteile der Hansestadt ist.

Mehr Straftaten sind in der Tribseer Vorstadt, in der Altstadt und in Knieper zu verzeichnen, wobei diese im Vergleich zum vergangenen Jahr angestiegen sind. Auf die Frage nach Erklärungsansätzen führt Frau Segebarth das gestiegene Anzeigeverhalten der Bevölkerung an, wobei die Dunkelziffer beispielsweise bei Häuslicher Gewalt höher ist. Bei den Straftatenhauptgruppen orientiert sich die Statistik an der Aufteilung des Strafgesetzbuches, die Frau Segebarth näher erläutert. In Bezug auf die Diebstahlsdelikte zeigt sie territoriale Unterschiede innerhalb der Hansestadt auf, wonach in den Stadtgebieten Knieper und Altstadt

die Anzahl dieser Delikte besonders hoch ist. Der Hauptanteil bildet dabei der Diebstahl von Fahrrädern. Bei den Raubdelikten geht Frau Segebarth insbesondere auf die Serie von Handtaschendiebstählen ein, die in der Vergangenheit durch die sozialen Medien publik wurde.

Herr Röhl wirft den Vorschlag auf, im Zusammenhang mit Sachbeschädigung durch Graffiti, die Hauseigentümer auf ein Projekt aufmerksam zu machen, welches Unterstützung bei der Beseitigung derartige Kunstwerke gewährleistet.

Er schildert seine Erfahrungen und äußert sein Unverständnis darüber, dass die Hauseigentümer von der Unterstützung keinen Gebrauch machen. Frau Segebarth weist daraufhin, dass im Falle einer Anzeige der Sachbeschädigung die Geschädigten umfassend über das Projekt informiert werden.

Frau Segebarth erläutert den Mitgliedern des Ausschusses die Entwicklung der Fallzahlen im Landkreis Vorpommern-Rügen und explizit in der Hansestadt Stralsund, wobei im Allgemeinen ein Rückgang zu verzeichnen ist. Allerdings relativiert sich dieser positive Trend durch den Anstieg von Sachbeschädigungen und Diebstählen.

Im Bereich der strafrechtlichen Nebengesetze führt Frau Segebarth den besorgniserregenden Anstieg des Drogenkonsums in der Hansestadt Stralsund an, der durch die sogenannte Kontrollkriminalität polizeibekannt wird. Auf die Frage von Frau Friesenhahn bestätigt Frau Segebarth den Eindruck, dass die Drogenproblematik an Schulen merklich zugenommen hat. Die Polizeiinspektion Stralsund unterstützt die Schulen bei der Bewältigung und weist präventiv auf mögliche Gefahren und Anzeichen hin. Besonders interessant ist die Häufigkeitszahl, die Auskunft gibt darüber, wie häufig der Anwohner statistisch von Straftaten betroffen ist. Im Bundesvergleich ist das Land Mecklenburg-Vorpommern als friedlich zu bezeichnen, insbesondere sind beispielsweise Wohnungseinbrüche im statistischen Vergleich kaum thematisierbar. Des Weiteren fallen Asylbewerber als Haupttäter kaum ins Gewicht.

Herr Bogusch schlägt vor, die absoluten Zahlen in die Relationen zu den Einwohnerzahlen zu setzen, um die einzelnen Stadtteile besser miteinander vergleichen zu können.

Die Anzahl der Wiederholungstäter wird von Frau Segebarth auf Wunsch von Frau Friesenhahn nachgereicht.

Frau Quintana Schmidt erkundigt sich nach der finanziellen und personellen Aufstellung der Polizeiinspektion Stralsund. Frau Segebarth gibt bekannt, dass der Haushalt für die Aufgaben der Polizei deutlich erhöht wird und in den nächsten Jahren 500 neue Stellen für M-V vom zuständigen Ministerium angestrebt werden. Frau Quintana Schmidt schildert den Eindruck, dass die Polizeiinspektion Stralsund an der personellen Untergrenze arbeitet. Frau Segebarth führt aus, dass sich derzeit 80 Polizeibeamte in der Inspektion befinden, die aber auch im Bereich der Justiz oder der Bundespolizei unterstützend tätig sind. Der Krankenstand innerhalb der altermäßig jungen Dienststelle ist gering. Im Anschluss erläutert sie das derzeitige Personalauswahlverfahren, welches dazu führen wird, dass in ungefähr zwei Jahren eine personelle Verbesserung angestrebt wird.

Frau Tiede hinterfragt den sachlichen Zusammenhang zwischen der personellen Besetzung und der Anzahl der Streifenfahrten und bemängelt die Situation der Fahrradfahrer auf Gehwegen. Herr Röhl und Herr Ihlo schließen sich der Meinung an. Frau Segebarth bestätigt den Eindruck von den Ausschussmitgliedern, dass die Hauptunfallursache die Missachtung von Vorfahrtsregeln, insbesondere durch Radfahrer, ist. Sie gibt aber auch zu bedenken, dass Verhaltensänderungen im kausalen Zusammenhang zu Gesprächen stehen, wobei für diese das Personal nicht in ausreichender Anzahl vorhanden ist oder Prioritäten anders gesetzt werden. Sie verweist auf die Zuständigkeit des ruhenden Verkehrs, die bei der Ordnungsbehörde der Hansestadt liegt.

Frau Friesenhahn erkundigt sich nach dem Respekt und Ansehen der Beamten gegenüber der Bevölkerung, worauf hin Frau Segebarth zu bedenken gibt, dass die spontanen Aggressionen und die Verfahren wegen Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte zunehmen.

Herr Ihlo stellt keinen weiteren Redebedarf fest und bedankt sich bei Frau Segebarth für die umfangreichen Ausführungen.

#### **zu 4.2 Verbesserung der Sauberkeit in Stralsund - Abfallentsorgung**

Herr Ihlo begrüßt Herrn Ewert und übergibt das Wort an ihn.

Herr Ewert, Eigenbetriebsleiter des Eigenbetriebes Abfallwirtschaft des Landkreises Vorpommern – Rügen, bedankt sich für die Einladung und ist gern bereit, die Fragen seitens der Ausschussmitglieder bzgl. der Abfallwirtschaft zu beantworten.

Frau Friesenhahn führt aus, dass immer wieder Fragen zum aktuellen Sachstand in Bezug auf die gelben Säcke von Einwohnern aufgeworfen werden. Regional bedingt tritt das Problem auf, dass die gelben Säcke von Möwen und anderen Vögeln zerstört werden und somit noch weitere Tiere anlocken. Sie äußert ihre Bedenken bezüglich der Beschaffenheit der gelben Säcke.

Laut Frau Friesenhahn liegt bei der Sperrmüllentsorgung ein ähnliches Problem vor. Nach der Entsorgung des Sperrmülls bleiben Kleinteile an der Stelle liegen, die in kurzer Zeit durch das Wetter verteilt werden. Die Entsorger nehmen diese Kleinteile nicht mit und die Eigentümer fühlen sich auch nicht dafür zuständig. Sie merkt an, dass die Hansestadt immer schmutziger wird. Sie möchte von Herrn Ewert wissen, wie dieses Problem behoben werden kann.

Herr Ewert stimmt zu, dass die Beschaffenheit der gelben Säcke nicht optimal ist. Es sind bereits einige Einwohner an den Eigenbetrieb herangetreten und haben bemängelt, dass die Qualität der gelben Säcke vom vorherigen Leistungserbringer Nehlsen GmbH und Co. KG mit Wechsel zum derzeitigen Leistungserbringer ALBA nachgelassen hat.

Zum Vergleich hat Herr Ewert zwei Rollen gelbe Säcke der unterschiedlichen Leistungserbringer mitgebracht. Ein gravierender Unterschied ist hierbei nicht erkennbar. In den Jahren zuvor besaßen die gelben Säcke allerdings eine bessere Qualität, da zu diesem Zeitpunkt erst eine Umstellung auf das duale Abfallsystem stattfand.

Bis zum Jahr 2021 ist es dem öffentlich rechtlichen Versorgungsträger verwehrt, Einfluss auf das System zu nehmen. Das Verpackungsgesetz tritt erst mit dem 01.01.2019 in Kraft. Erst außerhalb der bestehenden Abstimmungsvereinbarungen mit dem dualen System wird der Träger in der Lage sein, etwas an diesem System zu verändern.

Die Bemühungen des Eigenbetriebes, in den Jahren zuvor flächendeckend die 240l Tonne einzuführen, sind an der Kostenerhöhung des Systems gescheitert.

Herr Ewert konkretisiert das duale Abfallsystem.

Der Eigenbetrieb wird innerhalb der Jahresbescheidschreibung 2019 an die Eigentümer mit dem Gebührenbescheid ein Infoblatt senden mit der Möglichkeit, eine 240l anzumelden oder weiterhin die gelben Säcke zu nutzen.

Für den Sperrmüll gibt es innerhalb der Abfallsatzung eine klare Definition über die Beschaffenheit von Sperrmüll. Mit Herrn Bogusch wurden bereits Vorschläge erörtert, wie am besten mit der derzeitigen Situation umgegangen werden kann.

Herr Ewert weist auf das Problem der Zunahme von illegalen Ablagerungen hin.

Der Müll, der nach der Abholung liegen gelassen wird, muss vom Auftraggeber selbst beseitigt werden. Mit dem Entsorger ist eine Regelung festgelegt worden, welche Herr Ewert ausführlich erläutert. Dabei weist er insbesondere daraufhin, dass Verstöße durch die örtlichen Ordnungsbehörden geahndet werden.

Frau Friesenhahn erkundigt sich nach der zunehmenden Verschmutzung der Hansestadt und den Umgang des Eigenbetriebes damit. Herr Ewert weist darauf hin, dass die Zuständigkeit der Entsorgung des Sperrmülls bei dem Versorger liegt, wobei die Entsorgungspflicht des übrig gebliebenen Restmülls beim Eigentümer angesiedelt ist.

Es besteht die Möglichkeit, den Städtereinigungsvertrag dahingehend zu ändern, dass die Entsorgungspflicht des Restmülls auf den Versorger übergeht. Das hätte aber durchaus zur Folge, dass die Erziehungsfunktion ausbleibt.

Herr Röhl ist der Auffassung, dass die Entsorgungspflicht des Restmülls beim Verursacher liegt, in diesem Fall beim Grundstückseigentümer, der den Sperrmüll angemeldet hat. Er bezweifelt die Vollzugsmöglichkeiten durch die Ordnungsbehörde.

Herr Ewert berichtet von der Situation der Abfallwirtschaft im Jahr 2009, die der heutigen Problematik ähnelt. Damals wurde illegale Abfallentsorgung strenger durch ein Ordnungswidrigkeitsverfahren geahndet, was zu einer gewissen Abschreckung vor illegaler Entsorgung führte. Er befürchtet bei einer Fortführung des bisherigen Systems eine Resignation der Bürger, was dazu führt, dass die Kosten dem Landkreis zur Last fallen.

Herr Ihlo stellt keinen weiteren Redebedarf fest und schließt den Tagesordnungspunkt.

#### **zu 4.3 Drogenproblematik - Einladung Chamäleon Stralsund e.V.**

Herr Ihlo begrüßt die 3 Gäste vom Chamäleon Verein, Frau Spröte, Frau Bittner und Herrn Bittner.

Frau Bittner, als eine der Geschäftsführerinnen des Vereins, ist zuständig für die ambulanten Dienste. Der Verein hält eine Jugendsuchtberatungsstelle in der Hansestadt Stralsund vor und betreibt die gesamte Präventionsarbeit im Landkreis Vorpommern – Rügen. Die Thematik bezieht sich auf die Altersgruppen zwischen 0 und 27 Jahren. In diesem Alter ist noch ein Erziehungsauftrag möglich, der eine Verhaltensänderung mit sich zieht.

Frau Spröte ist seit 2003 Suchttherapeutin in der Jugendsuchtberatungsstelle in Stralsund. Sie führt aus, dass die Kapazitäten in Stralsund komplett erschöpft sind. Durch eine weitere Personalstelle wäre es möglich, noch mehr Jugendlichen zu helfen.

Es werden in Stralsund alle bekannten legalen und illegalen Drogen konsumiert. In Stralsund gibt es keine offene Drogenszene, dadurch ist die Dunkelziffer an Drogenabhängigen sehr hoch. Aus diesem Grund befindet sich in Stralsund die Schwerpunktpraxis mit einer Kapazität von 60 Patienten unter der Leitung von Dr. Driesner, der z.B. bei einer Heroinproblematik Substitutionsmittel verschreibt.

Es wird an allen Schulen konsumiert, da diese Problematik unabhängig vom Bildungsgrad ist.

Frau Friesenhahn erfragt, wie hoch das Einstiegsalter ist.

Frau Spröte schildert, dass das Einstiegsalter immer jünger wird. Das Einstiegsalter ist abhängig vom Suchtmittel. Bei Cannabis und Alkohol beginnt es ab 14 Jahren und bei Heroin und Amphetaminen erst später.

Der Verein unterstützt die Jugendlichen, die ihr Verhalten und die damit verbundene Sucht ändern möchten. Die Drogentherapie dauert in der Regel sechs Monate in Einzelfällen kann



eine längere Therapie erfolgen. Bei einer Alkoholsucht dauert der Entzug zwischen 12 - 16 Wochen.

Die Netzwerkarbeit besteht aus der Zusammenarbeit von verschiedenen Einrichtungen, z.B. Gericht, Jugendamt oder Jobcenter. Um eine bessere Eingliederung möglich zu machen, werden Gespräche mit Angehörigen oder dem Arbeitgeber geführt.

Im Fokus der Therapie liegt das Selbstbestimmungsrecht der Patienten, die selbstbestimmend die Ziele der Therapie festlegen.

Wenn eine Veränderung im Konsumverhalten eingetreten ist, erfolgt eine Wiedereingliederung in schulische, berufliche oder soziale Bereiche.

Frau Spröte erläutert den Mitgliedern des Ausschusses die statistischen Erhebungen für das Jahr 2017.

Im Jahr 2017 wurden 141 Klienten beraten, mit denen insgesamt 804 Beratungsgespräche geführt und 112 Drogenscreenings gemacht wurden.

Die Abhängigkeit beginnt immer früher, da die Drogen exzessiver konsumiert werden. Die Anzahl der Jugendlichen, die polytox konsumieren steigt weiter. Beim Konsumieren von Amphetaminen setzt die Wirkung von Alkohol aus und die Jugendlichen sterben leichter an einer Alkoholvergiftung.

Frau Friesenhahn äußert ihre Sorgen hinsichtlich der Entwicklung der Jugendlichen.

Frau Spröte kann die Eindrücke bestätigen, weist aber auch darauf hin, dass die Jugendlichen bereit sind, Hilfe in Anspruch zu nehmen.

Auf die Frage von Frau Tiede nach der Herkunft der Drogen gibt Frau Spröte Auskunft über Dealer, die Drogen verkaufen. Allerdings sind die Patienten nicht verpflichtet, Auskunft über die Herkunft der Drogen zu geben, wobei dieses nicht ausschlaggebend für die Beratung ist.

Herr Bittner stellt sich als Suchtpräventionsfachkraft vor. Er ist im gesamten Landkreis für die Suchtprävention zuständig und ist mit den Schulsozialarbeitern und der Polizei im ständigen Austausch.

Der Trend geht dahin, dass es in allen Städten vermehrt minderjährige Dealer gibt. Auffällig ist, dass die Auswahl der unterschiedlichen Drogen in Stralsund sehr weitgefächert ist, was man insbesondere an den Schulen in Stralsund beobachten kann. Dabei ist festzustellen, dass je höher das Bildungsniveau ist, der Konsum an Drogen ansteigt, um die schulischen Belastungen besser zu bewältigen. Daher ist eine umfangreiche Schulung der Fachkräfte an Schulen unabdingbar, wobei hierfür die Wertschätzung nicht sehr ausgeprägt ist. Die Schulsozialarbeiter sollen sich nach Ansicht der Schulleitung mit diesem Thema beschäftigen. Teilweise versuchen die Schulleitungen, ein allgemeines Drogenproblem an den Schulen zu verschleiern.

Frau Friesenhahn erkundigt sich nach der Motivation der Mitarbeiter des Vereins.

Frau Bittner erklärt, dass es momentan sehr schwierig ist, die Mitarbeiter zu motivieren, da die Finanzierung in diesem Bereich unzureichend ist. Sie erläutert die bisherige Finanzierung und deren Schwierigkeiten bei der praktischen Umsetzung. Im Jahr 2022 läuft das ESF-Programm aus, wobei die weiterführende Finanzierung noch nicht ersichtlich ist.

Frau Friesenhahn möchte nähere Informationen über die Finanzierung im Jahr 2018 bekommen. Frau Spröte gibt zu, dass bislang keine Gelder für Personalstellen eingegangen sind und erörtert die Finanzierung detailreich.

Frau Quintana Schmidt und Herr Ihlo äußern ihren Unmut über die vorliegende Situation und appellieren an die Beteiligten, für die Kinder eine Investition für die Zukunft zu schaffen.

## **zu 5        Verschiedenes**

Frau Conils weist auf das Strandfest am 28.07.2018 hin.

Frau Friesenhahn möchte in der nächsten Sitzung einen Tagesordnungspunkt bzgl. der Verfahrensweise der Belegung und Anmeldung von Kitaplätzen. Der Augenmerk soll diesbezüglich auf die Rückmeldungen der Kita´s an die Eltern gelegt werden.

Da es im nichtöffentlichen Teil der Sitzung keinen Beratungsbedarf gibt, entfallen die weiteren Punkte.

Herr Ihlo bedankt sich bei allen Beteiligten und beendet die 06. Sitzung des Ausschusses für Familie, Sicherheit und Gleichstellung.

gez.  
Harald Ihlo  
Vorsitzender

gez. i.V. Maxi Hoffmann  
Madlen Zicker  
Protokollführung